

TZ 16.1.

Sorge tragen zur Volksschule

Initiative «Ja, freie Schulwahl für alle», Abstimmung vom 7. März

Mit dem verführerischen Titel «Ja, freie Schulwahl für alle» will die Initiative unser Schulsystem grundlegend verändern. Der Wohnort soll nicht mehr der Schulort sein, was zwangsläufig zu grosser Mobilität, sprich Mehrverkehr, führen wird. Allein schon aus diesem Grund lehne ich als Grüne die Initiative ganz entschieden ab. Der Schulweg, den das Kind zusammen mit Gschpännli selber bewältigen kann, ist wichtig für seine körperliche, geistige und soziale Entwicklung.

Bleiben wir beim sozialen Aspekt der Initiative: Zu den grössten Stärken unseres Schulsystems zählt zweifellos die soziale Durchmischung. Wo, wenn nicht in der Schule, üben die Kinder den Umgang mit anderen Kulturen und Bevölkerungsschichten? Wo, wenn nicht in der Schule, lernen sie Rücksicht auf Schwächere und Benachteiligte zu nehmen? Die Initiative würde zu einer sozialen und leistungsmässigen Entmischung führen mit gravierenden Folgen für das Zusammenleben und besonders für die Integration Fremdsprachiger. Unsere Volksschule hat diesbezüglich in den letzten Jahren enorm viel geleistet,

und das hatte und hat zweifellos seinen Preis. Dass Privatschulen, also der Wettbewerb, diese Probleme lösen würden, wie dies die Initianten propagieren, ist ein grosser Irrtum. Die schwierigen Schülerinnen und Schüler müssten in diesen Schulen nämlich gar nicht aufgenommen werden, da sich diese ihre Klientel selber aussuchen könnten. Tragen wir also Sorge zu unserer Volksschule und schwächen sie nicht durch zusätzliche Angebote, welche für eine Mehrheit der Kinder nur Nachteile hätte.

Maya Iseli, Kantonsrätin Grüne, Romanshorn

Für gleiche Chancen

«Der Titel der Initiative ist ein verfanglicher Köder», TZ vom 13. Januar
Frau Knill befürchtet, dass von der freien Schulwahl die Eltern profitie-

ren würden, die es sich leisten können, ihre Kinder in eine private Schule zu geben, weil sie sowieso schon genug Geld dazuverdienen. Das macht überhaupt keinen Sinn.

Die Initiative gibt es unter anderem, damit auch Eltern mit niedrigem Einkommen ihre Kinder an die Schule geben können, die sie für die Entwicklung ihres Kindes als ideal empfinden. Bisher ist das nicht möglich, ohne den Wohnort zu wechseln, ein entsprechend hohes Einkommen zu haben oder eine Scheinelternschaft zu organisieren. Sonst hat man keine Wahl, obwohl auch die Eltern, die weniger verdienen, Steuern für die Schulbildung ihrer Kinder zahlen.

In einer Demokratie und bei Chancengleichheit muss es den Eltern überlassen sein, für welche Schule sie sich entscheiden, welche Schule die Bedürfnisse und Begabungen ihrer

Kinder am besten befriedigt beziehungsweise unterstützt.

Es kann nicht angehen, dass die Wahl nur Eltern mit sehr hohem Einkommen und wenig Kindern möglich ist. Das ist die Situation zurzeit. Um dies zu ändern und echte Chancengleichheit im Bildungswesen zu erwirken, gibt es diese Initiative.

Maja Osterwalder, Freidorf

TB
16.1.

LESERBRIEF

Kinder sind verschieden

«Lernen am besten Ort»,
Tagblatt 13.1.10

Ich kann Herrn Loehrer nur zustimmen. Es gibt Kinder, die ein anderes pädagogisches Konzept brauchen für ihren schulischen Erfolg, dies kann verschiedene Gründe haben. Es gibt auch Kinder, die extrem gemobbt werden und denen ein Wechsel in ein anderes staatliches Schulhaus trotz Biten der Eltern verwehrt wird. Verdienen die Eltern genug, so ist der Wechsel an eine Privatschule überhaupt kein Problem. Doch was macht das Kind, dessen Eltern nicht so gut verdienen? Dieses muss weiterleiden, weil das Problem Mobbing vielerorts unter den

Tisch gekehrt wird. Schulen in privater Trägerschaft leisten seit Jahrzehnten wichtige Entwicklungsarbeit in der Umsetzung reformpädagogischer Ansätze. Die Volksschule kann von diesen Erfahrungen profitieren und sie einfach übernehmen. So betrachtet wäre es nur fair, wenn der Kanton diese Nischenangebote nicht nur verbal, sondern auch finanziell honorieren würde.

Ein sich gegenseitig ergänzendes Miteinander stärkt nicht nur alle Schulen, sondern auch alle Kinder. Darum am 7. März, Ja zur freien Schulwahl.

Michaela Hans
Steckborn